



Ansicht

2.12

Europa vor der Zerreißprobe. Es gibt kein soziales Europa, aber es muss eines geben. Nur so hat Europa überhaupt eine Zukunft. Es ist Zeit, entsprechende Debatten anzustoßen und zu führen.



Liebe Leserin, lieber Leser

Wer glaubt, die sozialen und politischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise für Deutschland und Europa seien überschaubar, der irrt. Wer glaubt, die Bevölkerungen in Europa würden alle vermeintlich noch so notwendigen Sparpakete in Ruhe hinnehmen, der irrt noch mehr. Hohe Staatsverschuldung, rapide wachsende Arbeitslosenzahlen und spürbare Kürzungen bei den Sozialausgaben lassen das Vertrauen der Menschen in staatliches Handeln noch weiter sinken. Weite Teile der europäischen Bevölkerung erkennen, dass die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) abstrakten Marktvorgaben das Wort reden, ohne selbst das Heft des Handelns noch in den Händen zu haben. Zwar wird das Gegenteil suggeriert, aber allein es fehlt der Glaube. Erste Protestwellen in Südeuropa sind die Folgen; Zulauf für Populisten die Gefahr.

In wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen rückt Europa unter dem Druck der Märkte eng zusammen. In sozialpolitischen Fragen ist dies jedoch nicht so. Im Gegenteil: Jenes Geld etwa, das für die Rettung des Euros bereitgestellt wird, muss an anderer Stelle eingespart werden. Dass dies dann zuvorderst im sozialen Bereich geschieht, ist die eine Ungerechtigkeit; dass auf der anderen Seite die Verursacher der Wirtschafts- und Finanzkrise finanziell nicht belastet werden, die andere.

Weder in Deutschland noch in der Europäischen Union gibt es eine notwendige Debatte um ein soziales Miteinander in Europa. Zwar gibt es Programme und sogenannte Strategien, doch solange diese nicht mit politischem Leben gefüllt werden, bleiben sie, was sie sind: Papiertiger. Kurzum: Eine Debatte über ein soziales Europa ist in Deutschland wie in der EU insgesamt notwendiger denn je. Angesichts der unterschiedlichsten Sozialsysteme der 27 Mitgliedsländer wird dies kein leichtes Unterfangen. Eine solche Debatte aber erst gar nicht zu führen und immer wieder auf sogenannte »alternativlose« wirtschaftspolitische Notwendigkeiten zu verweisen, ist undemokratisch und ein Vergehen am europäischen Gedanken. Wir möchten mit der vorliegenden Ausgabe Denkanstöße für die Debatte um ein soziales Europa präsentieren und ihre Chancen und Risiken diskutieren. Dabei wünschen wir Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Ihr Wolfgang Stadler
Vorsitzender AWO Bundesverband e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin

Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona FINDER
Berit Gründler · Peter KuleBa (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Redaktionelle Mitarbeit Andreas Bartels · Carola Schmidt · Joß Steinke · Adeline Otto (SOLIDAR)

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer,
München · www.stephanie-roderer.de

Fotografie Titel, S. 12 Stephanie Roderer · S. 3, 5, AWO Bundesverband · S. 4 zone35 · S. 5, 10 iStockphoto.com/bubaone; ginosphotos · S. 5, S. 16 Fotolia · S. 7 LAG Mali · S. 10, 11, 15, 20 Ondra; purepeter; Dino5.0; MAD-works/photocase.com · S. 10, 13 plainpicture/Uwe Nölke; fStop · S. 17 Jo Leinen; MPIFG · S. 18 DFJW-OFAJ · S. 19 Heide Fest · S. 21 SOLIDAR · S. 22 Benjamin Richter

Anzeigen NetworkMedia GmbH
Stresemannstr. 30 · 10963 Berlin
Tel 030/25594-160

Druck ulenspiegel druck gmbh, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126

Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit - GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.



geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126



MIX
Papier aus verantwortungsvollen
Quellen
FSC® C015171

Unsere Erfolge

Kooperation mit muslimischen Verbänden

Heutzutage ist die Kooperation und Vernetzung mit religiös orientierten Organisationen für die praktische soziale Arbeit unverzichtbar.

Aus diesem Grunde hat der AWO Bundesverband als erster Verband der Freien Wohlfahrtspflege eine **Broschüre zum Thema »Kooperation mit muslimischen Verbänden«** herausgegeben. Darin sind wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die wichtigsten muslimischen Organisationen zusammenfassend dargestellt. Zudem enthält sie kurze Darstellungen der muslimischen Organisationen, die in der Bundesrepublik tätig sind. Hierbei wird auch auf deren Entstehungsgeschichte und Organisationsform näher eingegangen.

Ziel ist es, den Gesamtverband anzuregen, die praktische Kooperation lokal vor Ort zu suchen – und zu finden.

 **Weitere Informationen** Die Broschüre ist über verlag@awo.org zu bestellen

SERVICE

AWO-App



»AWO Wissen« lautet der Name der neuen AWO-App für den »Informationsservice«. Mit der App können alle täglich eingestellten Informationen und Pressemitteilungen des Bundesverbandes, wenn gewünscht gefiltert nach Rubriken und Favoriten, aktuell abgerufen werden.

Die AWO-App ist zu finden:

→ im App Store (Apple) unter: <http://itunes.apple.com/de/app/awo-wissen/id511910391?mt=8> und

→ im Androidstore (Google) <https://play.google.com/store/apps>

 **Ansprechpartner** Stefan Hoffmann

Tel 030 / 26309171 · Mail stefan.hoffmann@awo.org

 **Weitere Informationen** www.awo-informationsservice.org

SOZIALES

Bündnis für Soziale Stadt

Die radikale Kürzung des Programms Soziale Stadt im Bundeshaushalt 2011 seitens der schwarz-gelben Regierungskoalition hat den integrativen Ansatz des Programms spürbar geschwächt. So ist die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen nur noch eingeschränkt zugelassen und möglich. Dies bedeutet jedoch faktisch ein Aus für das Soziale im Programm Soziale Stadt. Die Politik hat zwar aufgrund des öffentlichen Drucks mit einer Wiederaufstockung der Bundesmittel von 28,5 Millionen Euro (2011) auf 40 Millionen Euro (2012) reagiert. Dies ist jedoch immer noch weniger als die Hälfte des ursprünglichen Programmvolumens von 95 Millionen Euro 2010.

Das Programm Soziale Stadt muss auch in Zukunft ein zentrales Instrument der Städtebauförderung bleiben, das die Initiativen zahlreicher Akteure bei der sozialen Stabilisierung benachteiligter Quartiere wirksam unterstützt. Dies ist und bleibt erklärtes Anliegen des »Bündnis für eine Soziale Stadt«, das Anfang 2011 vom AWO Bundesverband, dem Deutschen Städtetag, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Schader-Stiftung, dem vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung und dem Deutschen Mieterbund (DMB) initiiert worden ist. Seither haben sich mehr als 300 Partner dem Bündnis angeschlossen, viele regionale Initiativen sind entstanden.

 **Ansprechpartner** Dieter Eckert

Tel 030 / 26309265 · Mail dieter.eckert@awo.org

 **Weitere Informationen** www.buendnis-soziale-stadt.de

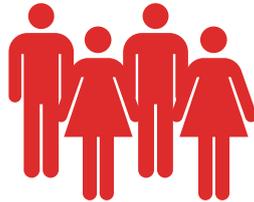
Wussten Sie, ...

... dass der AWO Bundesverband e.V. kürzlich eine Vereinbarung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt unterzeichnet hat? Die AWO erklärt sich mit der Unterzeichnung bereit, den amtierenden Unabhängigen Beauftragten 2012 und 2013 in seiner Arbeit im Kampf gegen Kindesmissbrauch zu unterstützen.

»Wir plädieren für eine Pflege-Bürger-versicherung.«

Laut AWO-Sozialbarometer vom März 2012 fordern 65 % der Befragten die Einführung einer Pflege-Bürger-versicherung.

 **Weitere Informationen**
www.awo-sozialbarometer.org



ARBEIT

Branchentarifvertrag Soziales

Der Wettbewerb in der Sozialbranche darf nicht über Niedriglöhne geführt werden. Deshalb haben die AWO und der Arbeitgeberverband der AWO im Frühjahr eine Initiative für einen weitergehenden allgemeinverbindlichen Entgelttarifvertrag Soziales beschlossen. Damit übernimmt die AWO eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Umsetzung eines allgemeinverbindlichen Entgelttarifvertrages im Sozialwesen. Diese Initiative steht für gute Arbeit und faire Löhne in der Sozialwirtschaft. Der Beschluss zu dieser Initiative wurde in dem dafür zuständigen verbandsinternen Gremium der AWO einstimmig beschlossen.

»Der stetig wachsende Kosten- und Preisdruck macht es immer schwieriger, Soziale Arbeit zu refinanzieren«, erläutert der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Lohndumping und ruinöser Preiswettbewerb gingen aber zulasten der Qualität. »Soziale Arbeit muss wieder aufgewertet werden, und ein allgemeingültiger Tarifvertrag ist hierfür das beste Mittel«, ergänzt der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes AWO Gero Kettler. Die damit angestrebten allgemeinverbindlichen Entgelttabellen sollen den als unterste Grenze eingezogenen Mindestlohn in der Pflege ergänzen.

Die Arbeit der AWO basiert auf der Grundlage ihrer unverrückbaren Grundwerte von Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Diese Wertebindung muss sich entsprechend auch in der tagtäglichen Arbeit und vor allem in der Frage von Entlohnung angemessen widerspiegeln.

 **Ansprechpartner** AWO Bundesvorstand
Mail vorsitzender@awo.org

SERVICE

Informationsservice

Der AWO Bundesverband hat erfolgreich unter www.awo-informationsservice.org einen Informationsservice gestartet. Dort finden Interessierte alle wichtigen Informationen - nach Fachthemen sortiert - aus der Arbeit des AWO Bundesverbandes. Angeboten werden unter anderem Materialien, Broschüren, Stellungnahmen, Positionspapiere, Pressemitteilungen. Wer täglich über Neuigkeiten informiert werden möchte, kann in diesem Service kostenlos einen täglichen Newsletter abonnieren.

 **Ansprechpartnerin** Berit Gründler
Tel 030 / 26309445 · **Mail** berit.gruendler@awo.org

 **Ansprechpartner** Stefan Hoffmann
Tel 030 / 26309171
Mail stefan.hoffmann@awo.org

 **Weitere Informationen**
www.awo-informationsservice.org



Unsere Besten

AWO gegen Rassismus

Über 50.000 Mitglieder und Beschäftigte der AWO gingen am 21. März 2012 um fünf vor zwölf mit Plakaten, Trillerpfeifen und Trommeln vor die Türen ihrer Einrichtungen und Geschäftsstellen und demonstrierten gegen Rassismus. **Damit hat die AWO bundesweit ein ganz deutliches Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung gesetzt.**

Seit ihrer Gründung 1919 kämpft die AWO für eine offene Gesellschaft, in der Rassismus oder Intoleranz keinen Platz haben. Deshalb war es für die AWO selbstverständlich, die türkische Gemeinde Deutschlands in ihrer Aktion »5 vor 12« zu unterstützen. Auf dem Foto sehen Sie den Protest vor der Bundesgeschäftsstelle in Berlin.



KAMPAGNE

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung einhalten

Die AWO hat soeben unter dem Motto »jetzt schlägt's 13 – wer zusagt, muss auch aufmachen« eine Kampagne zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung gestartet. Der Hintergrund: Noch ist völlig unklar, wie der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gewährleistet werden soll. Aktuell reichen die Plätze hinten und vorne nicht.

Als Trägerin von über 2.200 Kitas in ganz Deutschland fordert die AWO einen Ausbau, der dem tatsächlichen Betreuungsbedarf entspricht, aber gleichzeitig die hohe Qualität der Kindertagesbetreuung garantiert. Darüber hinaus fordert die AWO ausreichende und flexible Betreuungszeiten und Beitragsfreiheit für alle Kinder, damit diese gleiche Chancen auf frühkindliche Bildung und Betreuung, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Wohnort, haben.

☎ **Ansprechpartner** Matthias Ritter-Engel
Tel 030 / 26309170 · Mail matthias.ritter-engel@awo.org

☎ **Ansprechpartnerin** Mona Finder
Tel 030 / 26309222 · Mail mona.finder@awo.org

🌐 **Weitere Informationen**
www.kita-kampagne.awo.org

BERATUNG UND HILFE

Bundesweite Aktionswoche Schuldnerberatung

Überschuldung als Folge einer zunehmenden Verschuldung privater Haushalte ist zu einem weitverbreiteten persönlichen und damit auch gesellschaftlichen Problem geworden. »Alter, Armut, Schulden« lautet das Thema der diesjährigen Aktionswoche Schuldnerberatung der Arbeitsgemeinschaft (AG) Schuldnerberatung, die vom 18. bis 22. Juni 2012 bundesweit stattfindet. Hintergrund des Aktionswochen-Themas ist die stetig wachsende Zahl alter Menschen, die aufgrund finanzieller und persönlicher Schwierigkeiten Hilfe bei einer gemeinnützigen Schuldnerberatungsstelle der Wohlfahrtsverbände oder der Verbraucherzentralen suchen (müssen).

Die AWO ist einer der tragenden Verbände der AG Schuldnerberatung und hat bundesweit rund 110 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen.

☎ **Ansprechpartnerin** Hedi Boss
Tel 030 / 26309157 · Mail hedi.boss@awo.org

🌐 **Weitere Informationen**
www.aktionswoche-schuldnerberatung.de



Unsere Forderungen

Betreuungsgeld kippen

Die politischen Entscheidungsträger müssen für familienfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Das von der Bundesregierung vorgesehene Betreuungsgeld ist aber nicht das, was Familien wirklich brauchen. **Das Betreuungsgeld widerspricht allen Bildungs- und Integrationszielen und wird vom allergrößten Teil der Bevölkerung abgelehnt.** Die AWO fordert deshalb:

- Verlässliche und qualitativ **hochwertige Kinderbetreuung**
- Investition der Mittel für das Betreuungsgeld in den **Ausbau der Kinderbetreuung**
- Bereitstellung fehlender **Ganztagsplätze in der Kinderbetreuung**



Trockenheit hat in vielen Regionen zu Ernteausfällen geführt.

AWO INTERNATIONAL

AWO International unterstützt Hilfsprojekt in Mali

Helfen Sie!

Rechtzeitig handeln und eine Hungerkatastrophe wie in Ostafrika verhindern! Wir bitten Sie um Ihre Spende (Stichwort: Mali). **Vielen Dank!**

AWO International
Spendenkonto 10 11 12
BfS 100 205 00

Die »Soudure«, die harte Zeit im Sommer, wenn Erntevorräte knapp werden, hat in Mali längst begonnen. Viele Familien in der Region Kayes können kaum eine tägliche Mahlzeit organisieren. 2011 kam es zu massiven Ernteausfällen. Steigende Getreidepreise und eine instabile politische Situation haben die Krise verschärft. Seit 30 Jahren unterstützt die LAG Mali die Arbeit lokaler Nichtregierungsorganisationen im südlichen Mali. Gerade jetzt, da die »offizielle« Entwicklungszusammenarbeit nahezu stagniert, ist dies dringend nötig. Die LAG Mali setzt nun ein Nothilfeprojekt mit dem malischen Umweltverein Stop Sahel um. AWO International wird das Projekt unterstützen: In fünf Gemeinden erhalten Frauengruppen (je etwa 80 Frauen und ihre Familien) 25 Tonnen Sorghum für ihre Getreidebanken. 30.000 Menschen können dieses Grundnahrungsmittel somit zu erschwinglichen Preisen kaufen.

 **Ansprechpartnerin** Ingrid Leberz
Tel 030 / 25292772 · Mail ingrid.leberz@awointernational.de

 **Weitere Informationen** www.awointernational.de

Anzeige



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising.
Das neue BFS-Net.Tool XXL für das Internet-Fundraising. Mehr brauchen Sie nicht.
Für BFS-Kunden kostenlos.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.
Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Köln · Leipzig · Magdeburg · Mainz
München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft

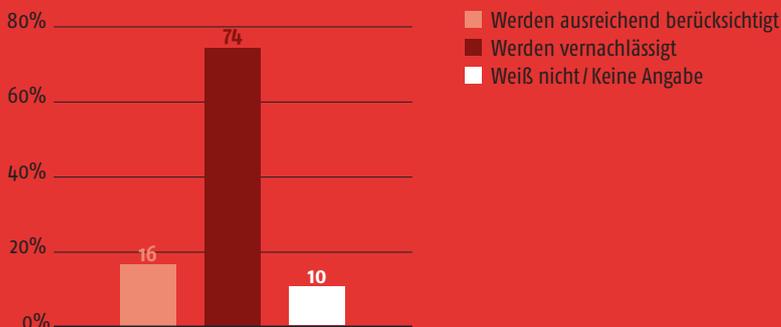
Das Vertrauen sinkt. Die Unsicherheit nimmt zu.

Das Vertrauen in die Demokratie in Deutschland schwindet. Zwar sind laut nebenstehenden Angaben weiterhin 68 Prozent der Befragten mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, aber 31 Prozent eben auch nicht. Das ist immerhin ein Drittel der Bevölkerung. Ein bedenklicher Befund. Betrachtet man dies im Zusammenhang mit dem sinkenden Vertrauen in politische Parteien, den pessimistischen Annahmen über die weiteren Auswirkungen der Wirtschaftskrise, drohenden Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und der Skepsis mit Blick auf den demokratischen Gehalt der Europäischen Union, dann sind politisch Verantwortliche und eine vitale Zivilgesellschaft mehr denn je gefordert. Denn: In einigen Ländern Europas und der Europäischen Union bilden unter anderen jene beschriebenen

Faktoren bereits den Nährboden für rechtsradikale Parteien und Organisationen. Mancherorts haben diese sogar seit vielen Jahren stabilen Zulauf. Derartige Entwicklungen müssen in Deutschland nicht sein. Auch und vor allem die Lehren aus den historischen Gräueltaten der Nationalsozialisten lassen dies derzeit unwahrscheinlich erscheinen. Sollte die Kombination der skizzierten Symptome jedoch mit einem charismatischen Politikertypus zusammentreffen, der einfache Antworten auf komplexe Fragen in unübersichtlichen Zeiten liefert, wäre auch in Deutschland plötzlich die Gefahr von rechts aktuell. Es muss demnach im Interesse aller Demokraten in Deutschland und Europa sein, das Vertrauen in ein demokratische Miteinander schrittweise wieder herzustellen.

AWO SOZIALBAROMETER

Derzeit werden innerhalb der Europäischen Union viele finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen diskutiert und beschlossen, um die Schuldenkrise in Europa zu bekämpfen. Sind Sie der Meinung, dass die Mitgliedsländer der Europäischen Union bei der Bewältigung der Krise soziale Fragen ausreichend berücksichtigen, oder denken Sie, dass soziale Fragen vernachlässigt werden?

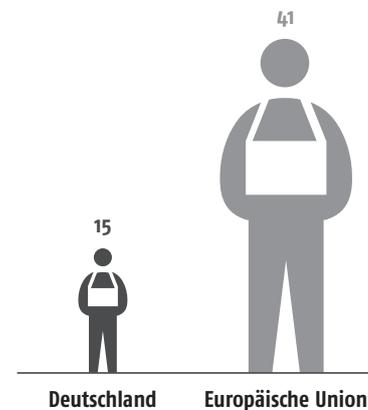


Quelle: AWO Sozialbarometer 5/2012

Das AWO Sozialbarometer fragt monatlich nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest.

🌐 **Weitere Informationen** www.awo-sozialbarometer.org

Arbeitslosigkeit ist eines der wichtigsten Probleme.¹



¹ Im Rahmen des Standard Eurobarometer 76 antworteten die Befragten auf die Frage »Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht?«. Als Vergleichswert ist die Einschätzung mit dem Durchschnitt der 27 EU-Staaten angegeben. Standard Eurobarometer 76/Autumn 2011, TNS Opinion & Social, S. 27.

² Standard Eurobarometer 76/Autumn 2011, TNS Opinion & Social, S. 70.

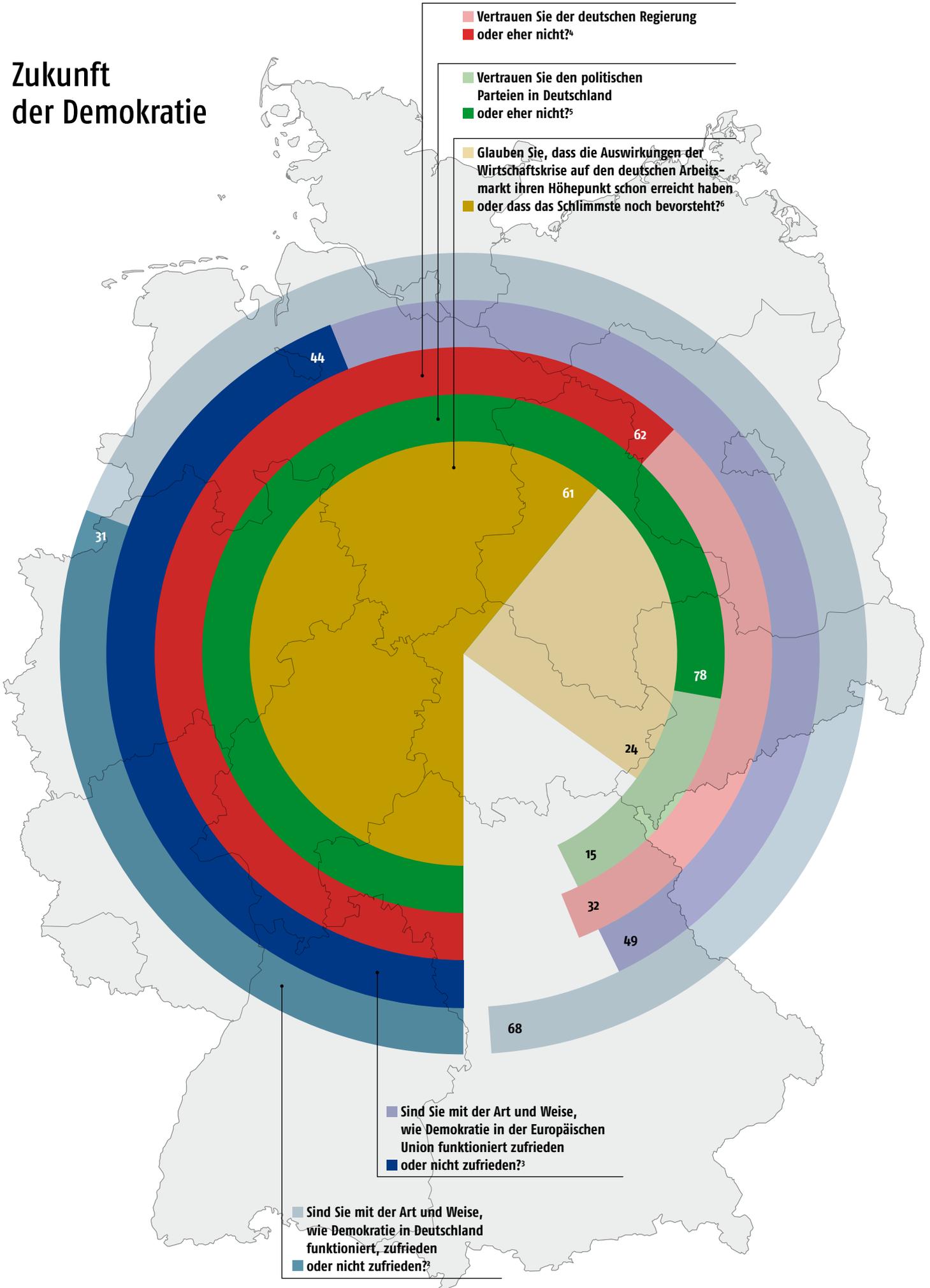
³ Standard Eurobarometer 76/Autumn 2011, TNS Opinion & Social, S. 71.

⁴ Standard Eurobarometer 76/Autumn 2011, TNS Opinion & Social, S. 44.

⁵ Standard Eurobarometer 76/Autumn 2011, TNS Opinion & Social, S. 43.

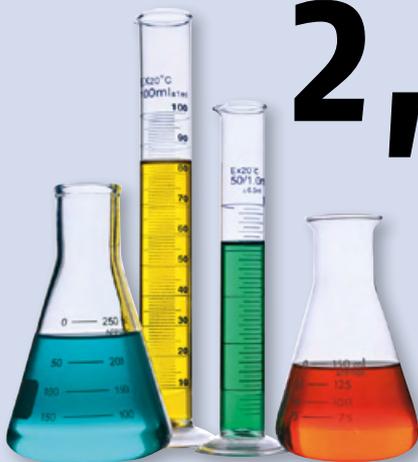
⁶ Standard Eurobarometer 76/Autumn 2011, TNS Opinion & Social, S. 89.

Zukunft der Demokratie



501 100 000

... Menschen lebten 2010
in den 27 EU-Staaten.¹



2,0%

... des Bruttoinlandsproduktes
wurden 2008 von den 27 EU-
Staaten durchschnittlich für
Forschung und Entwicklung
ausgegeben.¹ In Finnland waren
es 4,0 %, in Deutschland 2,8 %,
in Bulgarien 0,5 %.

34,0%

... der Alleinerziehenden
in den 27 EU-Staaten waren
2009 von Armut gefährdet.²
In Dänemark 20,3 %,
in Deutschland 37,5 %,
in Luxemburg 52,3 %.



32,0%

... war 2009 der Anteil der
Haushalte in den 27 EU-Staaten,
in denen Kinder leben.³
In Rumänien, Zypern,
Polen waren es 43 %,
in Deutschland 24 %.



64,6%

... der Menschen in den 27 EU-Staaten
waren 2009 erwerbstätig.²
Davon waren 58,6% der Frauen und
70,7% der Männer erwerbstätig.

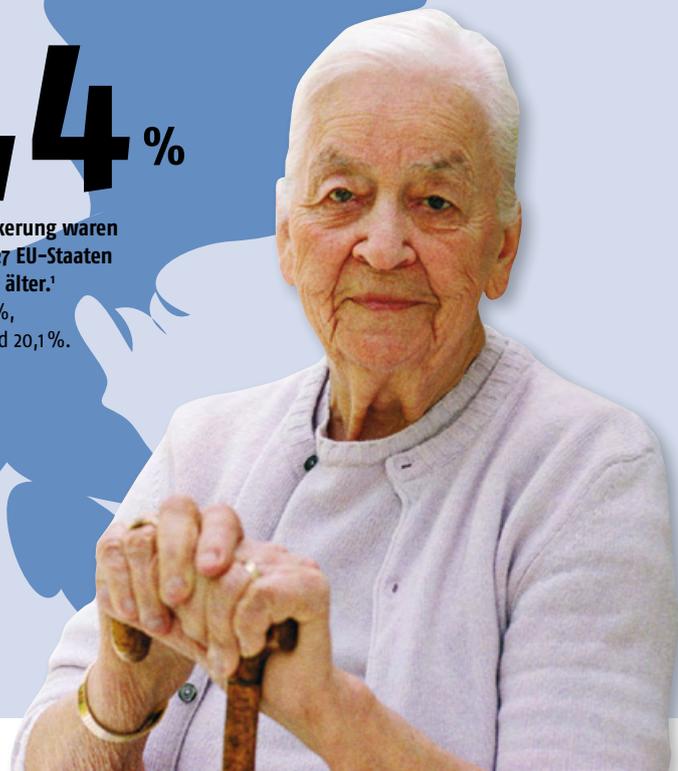


Soziales Europa?!

Die Europäische Union bleibt nur dann glaubwürdig und überlebensfähig, wenn sie den Menschen innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzen eine soziale Perspektive eröffnet. Eine Bestandsaufnahme.

17,4%

... der Bevölkerung waren
2010 in den 27 EU-Staaten
65 Jahre und älter.¹
In Irland 11,3%,
in Deutschland 20,1%.



Europa: Mehr als Binnenmarkt und Wachstum?!

Europa ist mehr als Markt und Euro. Es fehlt eine gemeinsame Vorstellung vom sozialen Miteinander. Nur wenn es diese gibt, hat Europa langfristig eine Zukunft.

Autoren Joß Steinke und Andreas Bartels

Das Projekt der europäischen Integration hatte von Beginn an eine Schiefelage. Während vorrangig der Binnenmarkt als Kernkompetenz der Europäischen Union (EU) mithilfe von Vorschriften systematisch ausgestaltet wurde, gab es nie ein echtes europäisches Sozialmodell. Die europäischen Regierungen setzen stattdessen auf eine Koordination der nationalen Sozialsysteme im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Zu einer Vereinheitlichung hat dies nicht geführt, auch die Formalisierung durch die sogenannte »Offene Methode der Koordinierung« hat kaum Fortschritte gebracht. Mit Versuchen, durch Standards einem europäischen Sozialmodell näher zu kommen, ist die EU stets an Machtkonstellationen und hohen

»Die hohe Staatsverschuldung der Mitgliedsstaaten hat einen Spardruck zur Folge, der die Krise noch verschärft.«

Mehrheitserfordernissen gescheitert. Es bleibt dabei: Sozialpolitik liegt in der Zuständigkeit der Nationalstaaten, die im gegenseitigen Wettbewerb stehen.

Druck aus Brüssel

Dieser Wettbewerb und der Privatisierungsdruck aus Brüssel haben bewirkt,

dass »Flexibilisierung« und »Verschlankung« in den Nationalstaaten seit Jahrzehnten politische Priorität genießen, Armutssicherung und Verteilungs-

gerechtigkeit dagegen zu häufig nicht über Absichtserklärungen hinausgekommen sind. Nachdem also öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie viele lokale Dienstleistungen etwa im Gesundheits- und

Pflegesektor schon lange privatisiert worden sind, ist der letzte noch ausstehende Bereich die klassische Sozialpolitik und damit auch die Daseinsvorsorge im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Doch auch hier gibt es bereits Versuche, diese verstärkt unter die Regeln des Binnenmarktes zu stellen.

Die aktuelle Krise zeigt mehr denn je, wie offen die soziale Flanke der EU ist: Die hohe Staatsverschuldung der Mitgliedsstaaten hat einen Spardruck zur Folge, der die Krise noch verschärft. Zugleich rächt sich nun, dass es keine garantierten sozialen Sicherungssysteme gibt, die die Folgen der Krise abfedern könnten. Der Fiskalpakt, der jetzt in Rekordzeit ratifiziert werden soll, sieht strenge Haushaltsdisziplin und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor.

Das heißt: In erster Linie werden die Beschäftigten und sozial Benachteiligte für die Krisen in den Ländern bezahlen. Spärauflagen der Troika (Experten der EU, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB)) stellen die sozialen Grund-

5.762 €

... wurden 2008 durchschnittlich je Einwohner/in in den 27 EU-Staaten für soziale Sicherung ausgegeben.

In Dänemark 10.846 €, in Deutschland 7.463 €, in Rumänien 339 €.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Europäische Union 2011



EUROPA NEU BEGRÜNDEN

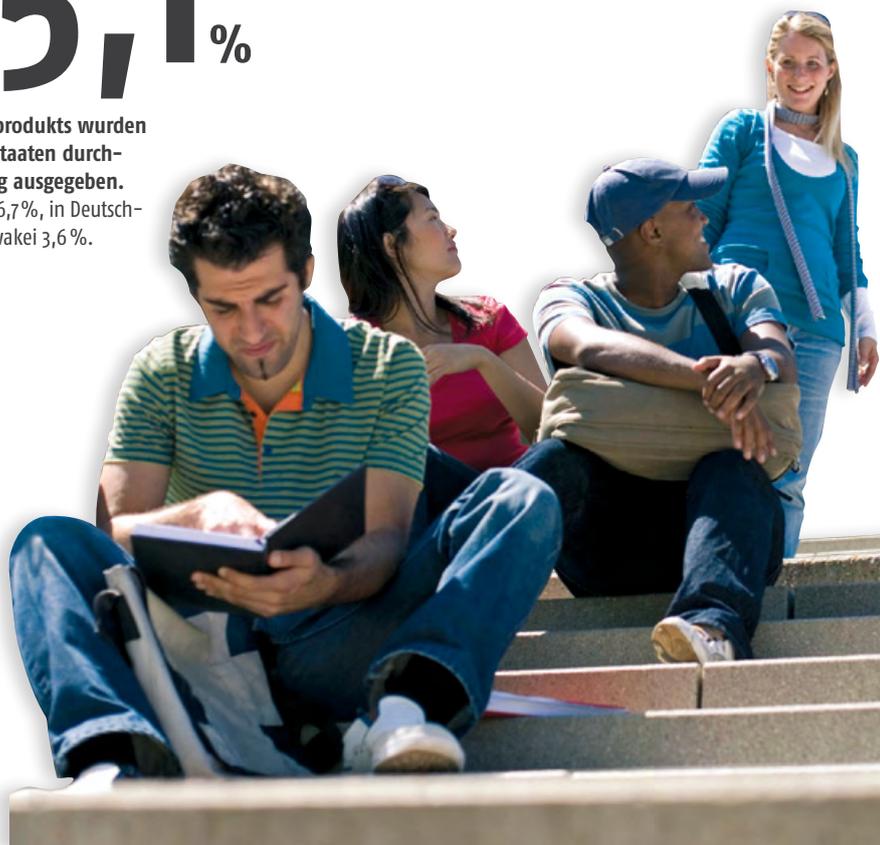
Die AWO unterstützt diesen Aufruf und bittet auch Sie, mitzumachen – für ein solidarisches und soziales Europa.

 Weitere Informationen
www.europa-neu-begrunden.de

5,1%

... des Bruttoinlandsprodukts wurden 2008 von den 27 EU-Staaten durchschnittlich für Bildung ausgegeben. In Schweden waren es 6,7%, in Deutschland 4,6%, in der Slowakei 3,6%.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Europäische Union 2011



rechte immer stärker infrage. Die Krise wird dafür benutzt, soziale Errungenschaften abzubauen, was eindeutig im Widerspruch zum Lissabon-Vertrag steht, der die Mitgliedsstaaten zu sozialem Fortschritt sowie zur Einhaltung und Förderung sozialer Grundrechte verpflichtet – zweifellos ein Rückschritt!

Wo bleibt das soziale Europa?

So weit die bedrohliche Lage; es gibt aber auch positive Tendenzen. Auch aus Sorge um einen möglichen Ansehensverlust Europas bei den Menschen ist man in Brüssel zu einer neuen Strategie übergegangen, die im Kern ein anderes – ein intelligentes, nachhaltiges und integratives – Wachstum verspricht. Von den fünf Hauptzielen haben neuerdings drei eine sozialpolitische Dimension: Beschäftigung,

»Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung sollen mit einer starken Einbindung der Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den Mitgliedsstaaten verbessert werden.«

Bildung und Armutsbekämpfung sollen mit einer starken Einbindung der Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den Mitgliedsstaaten verbessert werden. Das Problem: Die Mitgliedsstaaten verwässern die Umsetzung. Deutschland ist hier keine Ausnahme – im Gegenteil. Von den auf der europäischen Ebene vereinbarten Armutsindikatoren orientiert sich die Bundesregierung lediglich am Indikator »geringe Erwerbsintensität« und will in den nächsten zehn Jahren 320.000

Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen. Angesichts der wachsenden Armut im Land (laut Eurostat 2010 sind 19,7 Prozent der Bevölkerung arm oder von Armut bedroht) ist das viel zu wenig.

Bei der Festlegung und Ausformulierung der nationalen Ziele wurden die NGOs kaum einbezogen. Die AWO und ihre Partner der Freien Wohlfahrtspflege

sind bereit, ein soziales Europa, das die Menschen auch erreicht, mitzugestalten. Eine angemessene Beteiligung bei der Erreichung der sozialen Ziele der europäischen Strategie wäre dabei ein wichtiger Ansatzpunkt. Dafür streiten wir.

Soziale Grundrechte vor wirtschaftlicher Freiheit!

Es ist wichtig, die sozialen Grundrechte mit Leben zu füllen, sonst bleiben sie stets hinter dem Wettbewerbsgedanken und den Sparzielen zurück. Um ein

soziales Europa zu schaffen, müssen sich europäische Institutionen und Mitgliedsländer endlich trauen, rechtsverbindliche Maßnahmen einzuführen und Standards durchzusetzen. Zum Forderungskatalog der AWO gehören zum Beispiel:

- die Sicherung eines sozialen Mindesteinkommens,
- der Zugang für alle zu sozialen Dienstleistungen,
- gleiche Zugangschancen im Bildungsbereich,
- bedarfsgerechte Förderung der Arbeitsmarktintegration und
- der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Europa muss eben mehr sein als ein Markt, damit die Menschen Europa weiterhin vertrauen können! ♥

☞ **Ansprechpartner** Joß Steinke
Tel 030 / 26309201 • Mail joss.steinke@awo.org

Eine gemeinsame EU-Sozialpolitik: Wünschenswert, aber unmöglich?

Ein Streitgespräch zwischen Jo Leinen und Fritz W. Scharpf über das soziale Defizit der EU, das unterschiedliche Niveau der europäischen Sozialsysteme und die wachsende sozialpolitische Macht des Europäischen Gerichtshofs (EuGH).

Interview Sabine Herre

Herr Scharpf, Sie halten eine EU-Sozialpolitik für wünschenswert, aber unmöglich. Warum?

SCHARPF Natürlich stimmt es, dass es in Europa gemeinsame Traditionen und Werte gibt. Aber die europäischen Staaten haben ihre Sozialpolitik national entwickelt und dabei ganz unterschiedliche Strukturen und Niveaus durchgesetzt. Wenn man etwa Großbritannien mit Schweden oder Dänemark vergleicht, dann zeigen sich so radikal unterschiedliche Vorstellungen von dem, was der Staat tun soll, dass es völlig ausgeschlossen ist, sich auf eine gemeinsame europäische Sozialpolitik zu einigen.

»Die europäischen Staaten haben ihre Sozialpolitik national entwickelt und dabei ganz unterschiedliche Strukturen und Niveaus durchgesetzt.«

LEINEN Aber durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Lage grundsätzlich verändert. Inzwischen wird auch in Großbritannien anerkannt, dass der Staat eingreifen muss. Natürlich haben wir unterschiedliche Ausprägungen des Sozialstaats in den 27 Ländern. Aber die Grundprinzipien sind überall gleich. In keinem Land in Europa gibt es eine Situation wie in den USA, wo Millionen Menschen keine Krankenversicherung haben. Als die Idee der Währungsunion vor über dreißig Jahren geboren wurde, da schien auch sie völlig unrealistisch zu sein. Italien hatte eine Inflationsrate, die viel höher war als die deutsche. Doch die Währungsunion gelang, weil der Druck groß genug war. Und diesen Druck im Kessel, den spüren wir nun auch bei den sozialen Sicherungssystemen.

SCHARPF Auf die Finanzkrise und ihre Folgen würde ich nicht hoffen. Der dramatische Anstieg der Schuldenlast in den nationalen Haushalten könnte die EU allenfalls veranlassen, die Verminderung von Soziallasten zu verlangen. Im Übrigen ist der Druck im Kessel zum großen Teil durch die Politik der EU selbst erzeugt worden. Die europäische Integration hat begonnen mit einer Arbeitsteilung: Europa ist zuständig für die wirtschaftliche Integration, die Mitgliedsstaaten bleiben zuständig für die soziale Integration. Die wirtschaftliche Integration ist vorangetrieben worden, zuerst durch den Binnenmarkt und dann durch die Währungsunion. Dies hat die nationalen Sozialsysteme immer mehr unter Druck gesetzt.

Aber könnte eine EU-Sozialpolitik nicht den Druck aus dem Kessel nehmen?

SCHARPF Entweder macht die EU jetzt einen ganz großen Sprung nach vorne – indem man die nationalen Sozialsysteme harmonisiert und ersetzt durch ein europäisches System. Das erscheint politisch ausgeschlossen. Oder man setzt Grenzen für die wirtschaftliche Integration. Vor allem, nachdem wir durch die Finanzkrise erkannt haben, wie schnell wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung in die Katastrophe führen können. Diese Grenzen zu setzen, ist wichtiger, als dem utopischen Ziel einer gemeinsamen Sozialpolitik für 27 Staaten nachzulaufen.

Die Forderung von Herrn Scharpf ist: Weil die EU die Sozialpolitik vernachlässigt hat, muss man jetzt die Nationalstaaten stärken.

LEINEN Richtig ist, dass die Römischen Verträge vor über fünfzig Jahren die Idee des Binnenmarktes im Auge hatten. Wer allerdings damals geglaubt hatte, man könnte die Wirtschaft integrieren und die Sozialpolitik national belassen, der saß einem großen Irrtum auf. Bereits in den Sechzigerjahren ist die Europäische Gemeinschaft in der Sozialpolitik gesetzgeberisch tätig geworden, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer abzusichern.

Was genau hat die EU denn geregelt?

LEINEN Inzwischen gibt es zahlreiche europäische Gesetze zum Arbeitsschutz. Arbeitnehmer können ihre Pensionsansprüche mitnehmen, wenn sie ihr Gastland wieder verlassen. Eingeführt wird die EU-Gesundheitskarte, mit der man in dem Land, in dem man studiert oder arbeitet, zum Arzt gehen kann, und es wird zu Hause bezahlt. Wer jetzt den Rückwärtsgang einlegen und die Grenzen wieder hochziehen will, wird scheitern. Weil es nicht geht und weil es auch nicht notwendig ist.

SCHARPF Die sozialrechtliche Gleichstellung der Wanderarbeiter ist ja noch keine gemeinsame europäische Sozialpolitik. Bei den Verhandlungen über die Römischen Verträge hat der französische Premierminister Guy Mollet in der Tat gefordert, dass man zuerst die sozialen Systeme harmonisieren soll, ehe man die Wirtschaft integriert. Das hat man ihm ausgedreht mit dem Argument, unsere

Sozialsysteme seien im Prinzip ja so ähnlich, dass man das gar nicht braucht, und mit dem Angebot: »Wir machen die gemeinsame Agrarpolitik und daher verzichtest du bitte auf die Forderung nach einer gemeinsamen Sozialpolitik.« Es war Bundeskanzler Adenauer, der den Franzosen dies abgehandelt hat, und Adenauer war in der Tat der Ansicht, die europäischen Sozialmodelle seien sich so ähnlich, dass man eine Harmonisierung nicht brauche. Das traf für die ursprünglichen sechs Mitgliedsstaaten ja auch zu. Aber schon nach der Erweiterung um Großbritannien, Dänemark und Finnland war dies nicht mehr der Fall.

»Die sozialrechtliche Gleichstellung der Wanderarbeiter ist ja noch keine gemeinsame europäische Sozialpolitik.«

Herr Leinen, wie könnte eine gemeinsame EU-Sozialpolitik denn aussehen?

LEINEN SPD und Gewerkschaften etwa fordern, dass die Europa-Verträge eine soziale Fortschrittsklausel enthalten. In einem solchen Sozialprotokoll muss der Grundsatz verankert werden, dass die sozialen Grundrechte Vorrang vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten im Binnenmarkt haben. Das heißt, die Niederlassungsfreiheit darf nicht zur Aushebelung des Streikrechts oder der Tarifverträge missbraucht werden. Eine Vertragsänderung ist aber nicht die leichteste Übung, wie man am Lissabon-Vertrag sehen kann. Wir haben daher eine zweite Idee, die schneller umgesetzt werden kann: Die Änderung der Entsenderichtlinie von 1996. Denn die ist offensichtlich falsch interpretiert worden. So hat der Europäische Gerichtshof den Minimalenschutz in einen Maximalschutz umgekehrt, das heißt, tarifvertraglich abgesicherte Zusatzleistungen und andere Vergünstigungen müssten nicht zugestanden werden. Das war überhaupt nicht so gedacht. Schon in den Neunzigerjahren, mit Blick auf die Erweiterung durch die neuen Länder, sollte der Grundsatz gelten: »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.« Daher sind die Urteile des EuGH nicht zu akzeptieren.

80,0%

... betrug 2010 im Durchschnitt der
Bruttoschuldenstand der 27 EU-Staaten
gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

In Luxemburg 18,4%, in Deutschland 83,2%,
in Griechenland 142,8%.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Europäische Union 2011



Könnte so die von Ihnen geforderte Begrenzung der wirtschaftlichen Integration aussehen, Herr Scharpf?

SCHARPF Es ist sehr zu begrüßen, dass die Sozialdemokraten und auch die Gewerkschaften endlich aufhören mit ihrer undifferenzierten Europabegeisterung und zur Kenntnis nehmen, wie stark die europäische Rechtsprechung das Liberalisierungsprojekt der EU in Bereichen vorangetrieben hat, in denen die Herrschaft des Marktes von der Politik nie gewollt war. Die soziale Fortschrittsklausel ist für mich aber nicht viel mehr als eine Defensivmaßnahme. Eine Maßnahme, die den Richtern am EuGH signalisieren soll: »Seid vorsichtig, wenn ihr in die nationalen sozialen Sicherungssysteme interveniert.« Das ist begrüßenswert! Aber das ist noch keine europäische Sozialpolitik, und die Frage war ja: Was stellen Sie sich als Gegenstand einer europäischen Sozialpolitik vor?

LEINEN In der SPD denken wir über die Frage nach: Wie kann mit Blick auf die Osterweiterung in der EU der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt garantiert werden? Wir wollen – entsprechend dem monetären Stabilitätspakt – jetzt einen sozialen Stabilitätspakt. Es muss eine EU-Vereinbarung durchgesetzt werden, die besagt, dass jeder Mitgliedsstaat entsprechend seiner Wirtschaftskraft einen Sockelbetrag für soziale Leistungen wie für Bildungsmaßnahmen bereitstellen muss. Dagegen

wird es von konservativer Seite große Widerstände geben. Deshalb brauchen wir die Mobilisierung der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Kräfte in der EU.

Einen solchen sozialen Stabilitätspakt, Herr Scharpf, haben Sie in Ihrem Buch »Regieren in Europa« gefordert. Das war vor über zehn Jahren. Doch erst jetzt wird die Idee von Ihren SPD-Kollegen aufgegriffen ...

SCHARPF Tatsächlich ist hier praktisch nichts passiert. Weil auch bei Ländern auf der gleichen ökonomischen Entwicklungsstufe – also zum Beispiel England und Schweden – die Sozialquote enorm unterschiedlich ist. In Schweden liegt sie bei deutlich über dreißig Prozent, in England kaum über zwanzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Deswegen kommt man vermutlich auf diesem Weg nicht weiter. Stattdessen sollte man jetzt darüber nachdenken, bei welchen sozialen Themen sich die Europäer einig werden können – trotz aller unterschiedlichen Strukturen.

Könnte ein europaweiter Mindestlohn so ein Thema sein?

SCHARPF Ja, aber hier ist die Diskussion lange falsch geführt worden. Die Gewerkschaften strebten einen einheitlichen Mindestlohn für alle 27 Mitgliedsstaaten an. Das war offensichtlich nicht konsensfähig. Dagegen wäre eine europäische Einigung auf relative Standards nicht von vornherein ausgeschlossen. Diese könnten einen einheitlichen Prozentsatz des Durchschnittslohns eines jeden einzelnen Landes als Mindestlohn festlegen. Das wäre ein ungeheurer Fortschritt.

LEINEN Sie haben recht. Wir werden nicht einen Sozialstaat im herkömmlichen Sinne organisieren können, weil die Sozialkassen nationale Kassen sind, die kann man gar nicht europäisieren. Die Rentenversicherung ist national organisiert, die Krankenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung. Was wir auf europäischer Ebene leisten können, ist die Vereinbarung von Mindeststandards. Das hat das Europaparlament zum Beispiel bei den privaten Pensionsfonds gemacht. Hier gibt es europaweit einheitliche Vorgaben, in welche Risikoanlagen investiert werden darf.



20,9%

... der 15- bis 24-Jährigen in den EU-Staaten waren im März 2011 arbeitslos. In Deutschland waren es 9,0 %, in Spanien 44,6 %.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Europäische Union 2011

ARBEITSLOS

Die EU-Bürger sind mit der Harmonisierung von Standards aber nicht immer einverstanden. Zum Beispiel bei der Dienstleistungsrichtlinie.

LEINEN Die wichtigste Entscheidung in der letzten Legislaturperiode des Europaparlaments war tatsächlich die Dienstleistungsrichtlinie. Grundlage war der Vorschlag von EU-Kommissar Bolkestein mit einem neoliberalen Ansatz: Es sollte das Herkunftsland-Prinzip gelten. Das heißt, eine polnische Firma hätte nach polnischen Regeln in Deutschland arbeiten dürfen. Dank einer europaweiten öffentlichen Mobilisierung durch den Europäischen Gewerkschaftsbund haben die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament eine Mehrheit zustande gebracht, um das Herkunftsland-Prinzip durch das Zielland-Prinzip zu ersetzen. Arbeit muss also nach den Regeln des Landes verrichtet werden, in dem diese Arbeit stattfindet. Das heißt, im europäischen Binnenmarkt muss die jeweilige nationale Sozialordnung respektiert werden. Das war ein strategischer Sieg gegen die neoliberale Ideologie des Laissez-faire und des ungezügelten Preiswettbewerbs.

SCHARPF Das Europaparlament hat das Herkunftsland-Prinzip zwar aus der Dienstleistungsrichtlinie gestrichen, doch der Europäische Gerichtshof ist bei seiner Rechtsprechung dem nicht gefolgt.

LEINEN Da haben Sie recht. Hier gibt es einen Rückschritt, eine negative Überraschung, weil durch Richterurteile der politische Wille konterkariert wird.

Herr Scharpf, kann die Politik die Richter stoppen?

SCHARPF Das Richterrecht ist vor politischen Korrekturen in der EU sicherer als in jedem Nationalstaat. Dort wo die Richter sich auf die europäischen Verträge stützen, wäre eine Vertragsänderung nötig – und die müsste in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Und auch die Interpretation des einfachen Europarechts – etwa der Entsenderichtlinie – kann nur korrigiert werden, wenn die Kommission eine Initiative vorlegt, und wenn dann eine absolute Mehrheit im Parlament und eine Zweidrittelmehrheit im Ministerrat dieser zustimmen. Diese Hürden sind zu hoch. Gegen Urteile des EuGH, die die Abgrenzung zwischen europäischen und nationalen Zuständigkeiten betreffen, sollte deshalb eine Berufung an den Europäischen Rat zugelassen werden.



Jo Leinen

Jo Leinen ist seit 1999 Europaabgeordneter für die SPD in der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament in Straßburg. Seit 2011 ist er Präsident der Europäischen Bewegung International (EMI).



Fritz W. Scharpf

Fritz W. Scharpf ist emeritierter Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

»Wir werden nicht einen Sozialstaat im herkömmlichen Sinne organisieren können, weil die Sozialkassen nationale Kassen sind, die kann man gar nicht europäisieren.«

LEINEN Ich würde den EuGH nicht in dieser Weise abqualifizieren. Wir als Politiker haben die Möglichkeit, die juristische Basis klarzustellen und zu verändern. In den Verträgen wie auch in den Gesetzen gibt es zu viele Lücken – das müssen wir korrigieren, das wollen wir korrigieren. Wir brauchen allerdings eine öffentliche Debatte, wir brauchen auch den Druck der Straße. Eine fortschrittliche Sozialpolitik braucht Rückenwind, um sich gegen die zu erwartenden Widerstände aus der Wirtschaft und von den Konservativen durchzusetzen. ♥

Weitere Informationen

Das Interview ist eine gekürzte Fassung des Beitrags »Eine gemeinsame EU-Sozialpolitik: Wünschenswert, aber unmöglich?« In: Soziales Europa und europäische Marktgesellschaft. Newsletter Gesellschaftsforschung 2|09. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2009. www.mpifg.de/aktuelles/news_de.asp

Sabine Herre ist freie Journalistin und Autorin.

Frankreich früh entdecken

Nirgendwo kann interkulturelle Kompetenz intensiver erfahren und erprobt werden als im Rahmen von internationalen Austauschprogrammen und Begegnungen. Die AWO unterstützt das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) in diesen Fragen seit Jahrzehnten. Ein Blick in die Praxis.

Autorin Carola Schmidt

DFJW

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) wurde 1963 auf der Grundlage des Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich (Elysée-Vertrag) gegründet.

Sein Anliegen ist es, die Beziehungen zwischen Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Verantwortlichen der Jugendarbeit in beiden Ländern zu vertiefen, die Neugier an der Partnersprache zu wecken und interkulturelles Lernen zu fördern.

Zu diesem Zweck fördert das DFJW Kinder-, Jugend- und Fachkräftebegegnungen, organisiert Veranstaltungen zu Themen, die beide Länder bewegen, und entwickelt gemeinsam mit seinen Partnern pädagogische Materialien zur Unterstützung des gegenseitigen Kennenlernens.

 **Weitere Informationen**
www.dfjw.org

Seit 2010 hat das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) das »frühkindliche Lernen« in den Blick genommen und zu einem seiner Schwerpunkte erklärt. Im Fokus stehen hierbei die Sensibilisierung der Kinder im Alter von 3 bis 12 Jahren für die jeweilige Fremdsprache, die Schaffung einer Möglichkeit zur Teilnahme an einem interkulturellen Erlebnis wie auch die Sensibilisierung von Erzieherinnen und Erziehern für die Kultur und Arbeitsweise des Nachbarlandes.

Die »Kinderkiste«

Zur Förderung des frühkindlichen Lernens erarbeitete das DFJW unter anderem in Kooperation mit der AWO die »deutsch-französische Kinderkiste«. Die »Kinderkiste« enthält eine Sammlung von pädagogischem Material, das die Kinder im Kindergartenalltag spielerisch an die Sprache und Kultur des Nachbarlandes heranführt. Damit das Material der »Kinderkiste« optimal vor Ort eingesetzt werden kann, bietet das DFJW pädagogische Fortbildungen für interessierte Fachkräfte an.

Der AWO Bundesverband unterstützt das DFJW bei seiner Zielsetzung im Bereich des frühkindlichen Lernens. Als bisher einziger Wohlfahrtsverband in Deutschland organisiert die AWO in Zusammenarbeit mit ihrem französischen Partner Les Francas eine »deutsch-französische Fortbildung für internationale Kinderbegegnungen«. Diese einmal jährlich stattfindende Schulung richtet sich sowohl an erfahrene haupt- und ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer von Kinderbegegnungen als auch an jene, die sich zukünftig in dem Bereich engagieren möchten. Behandelt werden hierbei sämtliche Aspekte einer internationalen Kinderbegegnung: angefangen von der Vorbereitung und Durchführung von Aktivitäten über die Verbreitung und Nachbereitung der Ergebnisse bis zum Thema der Sprachanimation. 

 **Ansprechpartnerin** Carola Schmidt
Tel 030/26309206 · Mail carola.schmidt@awo.org



8 Millionen

»Seit 1963 hat das DFJW rund 8 Millionen jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an rund 300.000 Austauschprogrammen ermöglicht.«

Gefahr von rechts!

Ein Gespräch mit dem Soziologen Michael Minkenberg zu Ursachen und Gefahren rechtsradikaler Parteien in Europa.

Interview Peter Kuleßa



Dr. Michael Minkenberg

geboren 1946, ist Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Er hat seit Mitte der 1990er verschiedene Forschungsprojekte zum Rechtsradikalismus in Westeuropa und den USA, neuerdings auch in Mittel- und Osteuropa, durchgeführt.

Herr Minkenberg, was ist für Sie Rechtspopulismus?

MINKENBERG Rechtspopulismus ist in meinen Augen eine eher schwammige Kategorie, die mehr verschleiert als aufklärt. Wenn man sich etwa sogenannte rechtspopulistische Parteien in Europa näher anschaut, dann sind es zumeist dieselben Parteien, die auch als rechtsextrem oder rechtsradikal bezeichnet werden. Ich würde vielmehr von Rechtsradikalismus sprechen wollen. Im Zentrum steht dabei in der Regel ein ganz starker Nationalismus bzw. ein Ultranationalismus, die Abwehr von Immigration, Fremdenfeindlichkeit, eine starke Law-and-Order-Orientierung, EU-Skepsis bis hin zu schärfster EU-Kritik. Populistisch ist daran wiederum, dass diese Parteien die etablierten Parteien und das sogenannte Establishment und die Eliten des Landes massiv diskreditieren. Da gibt es eine klare Positionierung: »Wir« gegen den Rest; die korrupten Eliten, das korrupte Establishment verrät »unsere« nationalen Interessen und »wir« sind die Einzigen, die das erkennen und sinnvolle Lösungen anbieten.

Wie verbreitet ist ein derartiger Rechtsradikalismus in Europa und gibt es Unterschiede zwischen West- und Osteuropa?

MINKENBERG Insgesamt lässt sich mit Blick auf relevante rechtsradikale Parteien in Europa sagen, dass diese im Schnitt einen Zulauf von zehn Prozent und mehr haben. Das Potenzial ist also vorhanden. Es ist zugleich zu eng gefasst, immer nur auf die Parteien und die Wählerstimmen zu blicken. Es gibt viele situationelle Faktoren und ökonomische wie gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die so einen Prozentsatz ebenfalls bedingen. In Osteuropa kommt noch hinzu, dass dort der rechte Rand im Parteienspektrum viel »flüssiger« ist. Das heißt, es gibt keine so festen Verwurzelungen der Wähler im Parteiensystem wie es – noch – in Westeuropa seit über 40, 50 Jahren der Fall ist. Bedingt wird dies vor allem durch einen rapiden Wandel auf allen Ebenen – politisch, kulturell, ökonomisch, sozial, EU-Beitritt, geopolitisch. In jeder Hinsicht dreht sich das Rad in Osteuropa seit 1989 viel schneller, und ich denke, dass

wir dort leider noch weitere Fälle von erfolgreichem Rechtsradikalismus erleben werden.

Was kann, was muss getan werden, um die rechtsradikalen Gefahren einzudämmen und dass sich nicht immer größere Teile der Bevölkerung nach rechts orientieren?

MINKENBERG Generell besteht in Teilen der Bevölkerung eine Angst davor, dass sich vor allem materiell etwas zum Schlechten ändert. Menschen nun, die für einfache Erklärungen empfänglich sind, mögen glauben, dass dies – wie rechtsradikale Politiker es immer wieder formulieren – mit Zuwanderung in einem engen Zusammenhang steht. Von daher muss von verantwortlichen Politikern und einer aktiven Bürgergesellschaft zunächst erst einmal klargemacht werden, dass die Gründe dieser Ängste nicht mit den real objektiveren sozialen Faktoren wie Migration zu tun haben. Diese falschen Kurzschlüsse der Rechtsradikalen muss man immer wieder entkräften, sie demontieren und zugleich einen Diskurs über rechtsradikale Unwahrheiten führen.

Gibt es denn diese Diskurse in Europa überhaupt?

MINKENBERG Es gibt Ansätze, aber die haben es halt schwer, weil sie angesichts der prekären ökonomischen Lage aus dem Fokus geraten sind. Damit geht im Übrigen ein weiteres Problem einher.

Welches?

MINKENBERG Das alte Problem der politisch Verantwortlichen in Europa ist es, zu sehr auf die Märkte und die Wirtschaft fixiert zu sein. Andersherum formuliert: Wenn man jenen verunsicherten Menschen in Europa offensiv klarmachen könnte, dass ein soziales Europa machbar ist und sie auf die EU hoffen können, dann wäre viel gewonnen. Das ist wahrscheinlich noch ein sehr, sehr weiter Weg. Zumal ja derzeit – mehr denn je – wieder ökonomisch verengte Debatten geführt werden. Aber dieser Weg muss beschritten werden. ♥

SOLIDAR – Netzwerk für ein soziales Europa

SOLIDAR ist ein europäisches Netzwerk von NGOs und gewerkschaftlichen Organisationen und verfolgt die Vision, alle Menschen in die Lage zu versetzen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Ein Werkstattbericht.

Autorin Adeline Otto

Gemeinsam mit der AWO und weiteren 55 Mitgliedern setzt sich SOLIDAR als Netzwerk für mehr soziale Gerechtigkeit in Europa und weltweit ein. Die Mitglieder sind Nichtregierungsorganisationen und Verbände, die in drei Arbeitsbereichen – Soziales, Entwicklungszusammenarbeit und Bildung – zusammenarbeiten. Sie teilen die Werte von Freiheit, Solidarität, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit.

Zentrale Weichenstellungen über die zukünftige Form eines sozialen Europas werden in den EU-Institutionen getroffen. Um die Interessen der Mitgliedsorganisationen effizient und kompetent zu vertreten und in die Gestaltung einer europäischen Sozialpolitik einzubringen, bedarf es einer engen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und sozialprogressiven Parteien. Aktive Mitgestaltung der europäischen Sozialpolitik erfordert das Einbringen in politische Entscheidungsprozesse und baut auf europäische Projekte, die der Vernetzung und dem Austausch von sachlicher und fachlicher Expertise dienen. Dazu zwei Beispiele:

Beispiel 1

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen und effektive Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen

In diesem Projekt stehen die Intensivierung und Effektivierung der Kooperation zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretung mit dem Ziel der Förderung eines gegenseitigen Lernprozesses, Mechanismen und Modelle der Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten, Arbeitgebern, Gewerkschaften, NGOs und Thinktanks im Mittelpunkt. Ziele dieses Projekts sind die Denunzierung von prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie die Verwirklichung menschenwürdiger und qualitativ hochwertiger Beschäftigungsbedingungen für alle in Europa.

Beispiel 2

Förderung des sozialen Dialogs Gesundheits- und Sozialdienstleistungssektor

Hier geht es den Partnern um die Förderung des sozialen Dialogs Gesundheits- und Sozialdienstleistungssektor, der in vielen EU-Mitgliedsstaaten trotz des enormen Beschäftigungs- und Wachstumspotenzials in diesem Sektor kaum

strukturiert oder organisiert ist. Vorrangige Ziele des Projektes sind, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, in welcher Form sozialer Dialog organisiert wird, die Förderung einer Kultur des sozialen Dialogs und der Austausch über Erfahrung und Praxis gut gelebter Sozialpartnerschaft. Die Herausforderungen und Probleme im europäischen Gesundheits- und Sozialdienstleistungssektor, die Gegenstand von Tarifverhandlungen sind oder sein müssten, werden dabei gemeinsam mit der AWO als einem von 22 Projektpartnern analysiert und bearbeitet.

Aus den beiden genannten sowie anderen Projekten werden Vorschläge und Empfehlungen für die Sozialpolitik auf nationaler und europäischer Ebene erarbeitet und den EU-Institutionen unterbreitet. Gerade in diesen Krisenzeiten ist es zentral für den Erfolg eines sozialen Europas für alle, dass die AWO und die anderen Mitglieder und Partner von SOLIDAR gemeinsam für soziale Anliegen in Europa und in der ganzen Welt einstehen. Die Vision eines Netzwerks von einem Leben in Würde für alle lässt sich nur durch ein geeintes, gemeinsames und starkes Auftreten auf der europäischen Ebene verwirklichen. ❤

16,3%

... der Menschen in den 27 EU-Staaten waren 2009 von Armut gefährdet.

In Lettland 25,7%, in Deutschland 15,5%, in der Tschechischen Republik 8,6%.

Quelle: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>



🌐 Weitere Informationen www.solidar.org

3 Fragen ... an Conny Reuter

1 Herr Reuter, was bedeutet für Sie »soziales Europa«?

REUTER Das soziale Europa ist mehr als ein Traum. Es ist ein Europa des sozialen Zusammenhalts und des Ausgleichs, das die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates allen Menschen garantiert, die auf seinem Territorium leben. Es gewährt gleiche Rechte für alle und baut auf soziale Sicherungssysteme, die die Existenz und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sichern. Sozialer und zivilgesellschaftlicher Dialog sind entscheidend für die Realisierung sozialen Fortschritts sowie eine allmähliche Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf hohem Niveau.

2 Warum spielt das »soziale Europa« in den europapolitischen Debatten immer nur am Rande eine Rolle?

REUTER Beim Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 wurden die sozialen Stabilisatoren des europäischen Sozialmodells gepriesen. Seitdem sich jedoch die politischen und öffentlichen Debatten auf die sogenannte Schuldenkrise konzentrieren und deren eigentliche Ursachen konsequent ausblenden, spielt das soziale Europa eine Nebenrolle - wenngleich die EU mit ihrer Strategie Europa 2020 eine soziale und nachhaltige Wachstumsstrategie beschlossen hatte ...

Gründe hierfür liegen in einer einseitigen Fokussierung auf Haushaltskonsolidierung und Währungsstabilität, für deren Umsetzung starke Instrumente wie der »Euro-Plus-Pakt« und der Fiskalpakt geschaffen wurden. Während diese bindend sind und sanktionierend wirken können, dominieren beim Erreichen sozialer Ziele leider Instrumente mit nur empfehlendem Charakter. Der Europäischen Wirtschaftsregierung fehlt eine soziale Säule und die nationalen Reformprogramme der Mitgliedsstaaten setzen wenig ambitionierte arbeits-

markt- und sozialpolitische Ziele. Schließlich trägt die Ökonomisierung des Denkens und vieler Gesellschaftsbereiche zu einer erkennbaren Unterschätzung der sozialen Dimension bei und fördert so alles andere als eine Weiterentwicklung der Wirtschafts- zu einer Sozialunion.

3 Was muss getan werden, um dies zu ändern?

REUTER Europa muss den Bürgerinnen und Bürgern beweisen, dass es Lösungen bietet und nicht das Problem selbst ist. Sozialer Fortschritt für alle in Europa lebenden Menschen bedeutet Absicherung, Integration, Teilhabe und Partizipation. Dies wird angesichts globaler Entwicklungen nicht allein im nationalen Kontext erreicht werden können. Es erfordert ein Gleichziehen europäischer Kernkompetenzen im sozialen Bereich mit den Wirtschaftshoheiten. Gelingt das nicht, werden wir ein Ausweiten von nationalem Chauvinismus und rechtsradikalen Ausgrenzungsparolen erleben. Es ist daher wichtig, dass Sozialverbände wie die AWO, die über ihre europäischen Netzwerke wie SOLIDAR auf EU-Politik Einfluss nehmen, nicht müde werden, erreichte Fortschritte zu vermitteln, unerfüllte oder unzulängliche EU-Versprechen kritisch zu begleiten und Lösungen für sozial nachhaltige und umfassende Politiken und Maßnahmen voranzutreiben. ♡



Conny Reuter

ist Generalsekretär des europäischen Netzwerks SOLIDAR (ehem. Internationales Arbeiterhilfswerk) in Brüssel.

Schattenseiten Europas

Autor Navid Kermani

Europas Grenzen sind eindeutig. Sie liegen vor den Küsten Italiens, Spaniens, Maltas, Griechenlands. Von einem auf den anderen Meereskilometer sind dort die oft beschworenen Werte und Errungenschaften der abendländischen Zivilisation so viel wert wie ein Schluck Wasser. Salzwasser, um genau zu sein. Flüchtlingsschutz bedeutet nicht mehr den Schutz von, sondern den Schutz vor Flüchtlingen.

Dafür können wir doch nichts!, verteidigen sich Europas Politiker reflexartig, wenn bei einer Schiffskatastrophe wieder einmal hundert oder noch mehr Flüchtlinge ertrunken sind. Doch, sie können etwas dafür. Mit der Gründung der sogenannten FRONTEX-Agentur hat die Europäische Union dafür gesorgt, dass die Flüchtlingsboote immer weiter vor dem eigenen Hoheitsgewässer abgefangen werden. Ohne zu prüfen, ob sich an Deck Menschen befinden, die ein Anrecht auf Asyl haben, zwingt FRONTEX die Boote zur Rückkehr in die afrikanischen Herkunftshäfen, kritisieren Flüchtlingsorganisationen, aber ebenso zahlreiche Parlamentarier in Brüssel und den nationalen Parlamenten.

Einem Journalisten der ARD sprach der italienische Einsatzleiter ins Mikrofon, daß er angewiesen sei, an Bord der Schiffe zu gehen und Lebensmittel und Treibstoff zu beschlagnahmen, um sie an der Weiterfahrt zu hindern. Anderen Berichten zufolge sollen FRONTEX-Soldaten Schlauchboote auf offener See zerstört haben, um sie an der Weiterfahrt zu hindern. Genaueres weiß man allerdings nicht, da die Agentur keiner Regierung zur Rechenschaft verpflichtet ist. Selbst dem Europäischen Parlament gegenüber verweigert sie Informationen unter Verweis auf den geheimdienstlichen Charakter ihrer Arbeit.

Um den FRONTEX-Schiffen auszuweichen, nehmen die Flüchtlinge immer längere, immer gefährlichere Routen in Kauf. Aus den zwölf Kilometern, die Spanien und Marokko an der schmalsten Stelle trennen, wird oft eine Odyssee von mehreren Hundert Kilometern. Längst durchkreuzen die Boote auch die anderen Meerengen, die zwischen Afrika und Europa liegen, mögen sie für ein Schlauchboot alles andere als eng sein: zwischen Marokko und den Kanarischen Inseln oder zwischen Libyen und Lampedusa.

Nur wenn mehrere Hundert Menschen gleichzeitig ertrinken, nehmen wir sie noch wahr. Doch um nicht von den FRONTEX-Booten aufgegriffen zu werden, setzen die meisten Flüchtlinge längst mit kleinen Schlauchbooten nach Europa über. Wenn ihre Leichen an die europäischen Küsten gespült werden, ist das höchstens eine Meldung für die Lokalpresse des Küstenorts. Jahr für Jahr sterben auf diese Weise Tausende Menschen. Das Mittelmeer ist zum größten Massengrab Europas geworden.

Vor einiger Zeit sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel im Zusammenhang mit den Bootsflüchtlingen wörtlich von »Flüchtlingsbekämpfung«. Flüchtlingsbekämpfung! Das Wort selbst ist schon skandalös. Schlimmer aber ist, dass niemand in Deutschland es zum Skandal gemacht hat. ♡



Navid Kermani lebt als freier Schriftsteller in Köln. Er ist habilitierter Orientalist, Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung sowie der Hamburger Akademie der Wissenschaften. Seine Sachbücher erscheinen bei C.H. Beck, seine literarischen Werke bei Hanser.

IM NÄCHSTEN HEFT

Was ist Inklusion?

Inklusion bedeutet im weiteren Sinne den Einschluss aller Menschen in die Gesellschaft, unabhängig davon, ob mit oder ohne Behinderung, und unabhängig von ihrer Herkunft. Das nächste Heft berichtet darüber, was dies für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet.

